

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller/Christof Berger, SP): Kulturangebote in der Reitschule vor Unannehmlichkeiten schützen

Der Besuch der Kulturangebote in der Reitschule wird in letzter Zeit immer schwieriger. Der Drogenhandel auf dem Vorplatz und der Schützenmatte (Parkplatz), die schlechte Beleuchtung unter dem Bahnviadukt sowie immer wieder aufflammende Gewalttätigkeit halten viele Leute vom Besuch von Kulturveranstaltungen in der Reitschule ab.

Es wird immer klarer, dass die von der Stadt geforderten Massnahmen von der Reitschule allein nur schwierig umzusetzen sind. Die Stadt könnte selber mehr tun, um mit adäquaten Mitteln und angepasstem Vorgehen die Probleme in der Umgebung der Reitschule besser zu meistern. Es ist deshalb unumgänglich dass in diese beiden Richtungen an der Verbesserung der Sicherheit und der Erhöhung des Wohlbefindens gearbeitet werden muss. Nur so können die Kulturangebote und die Reitschule als bekannter Kulturort längerfristig gesichert werden.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt folgende Massnahmen zu prüfen und umgehend umzusetzen:

1. Die Bekämpfung des Drogenhandels in der Umgebung der Reitschule muss intensiviert werden.
2. Stadt, Polizei und BetreiberInnen der Reitschule müssen ein neues Sicherheitskonzept erarbeiten und in gemeinsamer Verantwortung umsetzen.
3. Stadt und BetreiberInnen sollen gemeinsam dafür sorgen, dass im Innern der Reitschule das Bewusstsein wächst, dass nur mit einem sinnvollen Sicherheitskonzept der Kulturbetrieb auf Dauer gesichert werden kann.
4. Entsprechende gemeinsam vereinbarte Massnahmen sind in die Leistungsvereinbarungen aufzunehmen und zu finanzieren.
5. Die Polizei ist anzuweisen, keine Demonstrierenden mehr in Richtung Reitschule zurückzudrängen.

Bern, 26. Juni 2008

Postulat SP/JUSO (Ruedi Keller/Christof Berger, SP), Margrith Beyeler-Graf, Rolf Schuler, Liselotte Lüscher, Claudia Kuster, Ursula Marti, Annette Lehmann, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Beat Zobrist, Miriam Schwarz, Markus Lüthi, Michael Aebersold, Stefan Jordi, Andreas Flückiger, Andreas Zysset, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Postulantinnen und Postulanten, dass die Sicherheit rund um den alternativen Kulturbetrieb Reitschule verbessert werden muss. Dies ist nicht allein Aufgabe der Behörden, auch die Betreiberin der Reitschule (Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule IKuR) ist gefordert.

Die Lage insbesondere auf dem Vorplatz hat sich in diesem Sommer verschlechtert. Die Arbeit von Polizei, Pinto und Securitas wird von gewaltbereiten Personen massiv behindert.

Interventionen sind ohne grösseres Aufgebot der Polizei aus Sicherheitsgründen nicht mehr möglich. Ebenfalls verschlechtert hat sich die Bereitschaft der IKuR zur verbindlichen Zusammenarbeit und zur konsequenten Lösungsfindung mit den Behörden. Gespräche mit Vertretungen des Gemeinderats wurden abgesagt oder blieben wirkungslos.

Angesichts dieser Entwicklung hat der Gemeinderat Gegensteuer gegeben und Massnahmen ergriffen: In enger Zusammenarbeit zwischen der Direktion für Bildung, Soziales und Sport, der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie und der Kantonspolizei wurde die Repression verstärkt und die Polizei- und PINTO-Präsenz im Perimeter Reithalle erhöht. Gleichzeitig wurde sichergestellt, dass die nötigen sozialen Angebote (Beratung und Vermittlung), niederschwellig bereitstehen. Der Gemeinderat stellt fest, dass diese Massnahmen greifen und die Situation wesentlich und sichtbar verbessert haben.

Der Gemeinderat ist überzeugt davon, dass die Sicherheitsprobleme im Bereich der Reitschule nur im zielgerichteten Dialog mit der IKuR angegangen werden können. Es sollen rasch verbindliche Regeln für die Organisationsentwicklung und die Einhaltung des Leistungsvertrags sowie der Sicherheitsvereinbarung gefunden werden. Aufgrund der aktuellen Situation insbesondere mit der Drogenszene sind Sofortmassnahmen nötig. Der Gemeinderat hat die Kantonspolizei angewiesen, ab Ende September schwerpunktmässig nach der Schliessung der Kontakt- und Anlaufstelle an der Hodlerstrasse mit den nötigen repressiven Mitteln gegen die Bildung einer offenen Drogenszene vorzugehen. Dabei muss eine Verdrängung in die Innenstadt vermieden werden. Die erhöhte Polizeipräsenz ist Teil des aktuellen Massnahmenpakets, welches sich an der städtischen Drogenpolitik mit den vier Säulen Prävention, Schadensminderung, Therapie und Repression orientiert. Dieses Massnahmenpaket ist zurzeit in Erarbeitung. Es sieht auch die rasche Realisierung eines zweiten Standorts für die Anlaufstelle für Drogenabhängige sowie soziale Massnahmen wie die verstärkte Vermittlung in Wohnprojekten und in Substitutionsprogramme vor.

Weitere Schritte im Sinne des vorliegenden Postulats wird der Gemeinderat prüfen und - wenn zielführend - umsetzen.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 15. Oktober 2008

Der Gemeinderat